LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

09.03.2023
Drucksache 8/2338

öffentlich

Antrag
–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Deutschlandticket sozial machen

Der Landtag stellt fest:

Mit dem Deutschlandticket als Nachfolger des 9-Euro-Tickets hat die Bundesregierung ein für deutsche Verhältnisse revolutionäres Angebot initiiert, das die unübersichtliche Kleinstaaterei im Bereich des ÖPNV überwindet. Das Deutschlandticket stellt insbesondere für Pendler*innen und regelmäßige Bus- und Bahnnutzende ein überaus attraktives Angebot dar und vereinfacht die Nutzung des ÖPNV deutlich.

Allerdings eröffnet es nicht derart umfassend, wie das 9-Euro-Ticket die Möglichkeit einer Mobilität für Alle, da Geringverdienende, Beziehende von Sozialleistungen, Mehrkindfamilien und insbesondere Jugendliche weiterhin vor einer hohen finanziellen Hürde stehen.

Gerade für Sachsen-Anhalt mit seinem in Teilen niedrigen Lohngefüge im Bundesvergleich und einer hohen Kinder- und Jugendarmut stellt sich damit der politische Auftrag, die Initiative des Bundes mit kostengünstigeren Tickets für ausgewählte Personengruppen seitens des Landes zu flankieren.

Der Landtag fordert die Landesregierung entsprechend auf,

1. den Erwerb eines Deutschlandtickets für ökonomisch marginalisierte Gruppen sowie für junge Menschen durch eine landesseitig finanzierte Rabattierung zu unterstützen. Nur mit einem sozialen Ticketpreis deutlich unter 49 Euro wird es wirklich allen Menschen möglich sein, nachhaltig und klimafreundlich mobil zu sein. Ein soziales Deutschlandticket sollte dabei nicht mehr als 29 Euro kosten. Die Landesrabattierung ist entsprechend zu kalkulieren. Ein Konzept für ein solches Landesprogramm zur Rabattierung des Deutschlandtickets ist samt Finanzierungsgrundlagen im Ausschuss für Infrastruktur und Digitales im II. Quartal 2023 vorzustellen.

(Ausgegeben am 10.03.2023)

2. die Umsetzung der Tarifbestimmungen zum Deutschlandticket in Bezug auf das Semesterticket sicherzustellen, damit die Studierenden dieses Ticket erwerben können, indem sie den Differenzbetrag zwischen ihrem Semesterticket und dem Deutschlandticket zahlen. Dazu ist zeitnah im Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt sowie im Ausschuss für Infrastruktur und Digitales zu berichten.

3. sich auf Bundesebene und im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz für ein bundesweit einheitliches soziales Deutschlandticket einzusetzen. Ebenso hat der Einsatz der Landesregierung auf Bundesebene darauf zu zielen, dass der Kostenanteil für Mobilität beim Bürgergeld an die Preisentwicklung des Deutschlandtickets regelhaft angepasst wird.

Begründung

Damit der ÖPNV Rückgrat der Mobilitätswende sein kann, braucht es neben der stetigen Verbesserung des Angebots und des Ausbaus von Strecken und Taktung ein möglichst barrierefreies und intuitives Ticketsystem. Das Deutschlandticket löst diese Prämisse ein. Dennoch gilt es, beim Preis eine Differenzierung vorzunehmen, damit wirklich allen gesellschaftlichen Gruppen Teilhabe ermöglicht wird. Das Land hat entsprechend ein rabattiertes Deutschlandticket zu ermöglichen für Menschen mit niedrigen Einkommen bzw. im Transferbezug sowie für junge Menschen, damit deren eigenständige Mobilität wie auch die Mobilität von Familien gefördert wird. Wie bspw. in Hamburg bereits realisiert, gilt es auch, in Sachsen-Anhalt die Tarifbestimmungen zum Deutschlandticket in Bezug auf das Semesterticket zu gewährleisten.

Auf Bundesebene gilt es für das Land, sich für ein bundesweit einheitliches soziales Deutschlandticket einzusetzen. Denn im besten Fall sollte das Kernanliegen eines möglichst einheitlichen Ticketsystems auch für die soziale Variante des Deutschlandtickets zur Geltung kommen.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitz